

# Sessionsbericht

Nr.9 / Sommer 2022

## Ihr EVP-Team im Nationalrat

Marianne Streiff, BE

[marianne.streiff@parl.ch](mailto:marianne.streiff@parl.ch)

079 664 74 57

Nik Gugger, ZH

[nik.gugger@parl.ch](mailto:nik.gugger@parl.ch)

079 385 35 35

Lilian Studer, AG

[lilian.studer@parl.ch](mailto:lilian.studer@parl.ch)

076 575 24 77



Foto: Alexandra Koch; pixabay.com

Liebe Leserinnen und Leser

Auch die vergangene Sommersession stand traurigerweise wieder im Zeichen des Krieges in der Ukraine. Unser Engagement für den Frieden bleibt ungebrochen. Neben einigen schönen Erfolgen im nationalen Politikbetrieb mussten wir leider auch Niederlagen einstecken. So ist es uns nicht gelungen, unsere Motion für den Schutz vor sexueller Ausbeutung (Nordisches Modell) durch den Nationalrat zu bringen. Mitten in der Session durften wir Pfingsten feiern. Die freien Tage waren wertvoll, um neue Energie zu tanken und uns aufs Neue bewusst zu machen, wofür der Heilige Geist eigentlich steht. Die in der Bibel beschriebene Vielfalt der Eigenschaften des Heiligen Geistes ist schlicht überwältigend – und sie sind relevant wie eh und je. Der Heilige Geist tröstet, Er führt in die Wahrheit, Er schenkt Frieden, Er bringt Einheit... welche hoffnungsvollen Verheissungen. Wie ermutigend solche Zusagen in diesen herausfordernden Tagen!

In diesem Bericht	Seite:
Geschichte der Frauen in der Schweiz	2
Gletscher-Initiative	2
Menschen sind keine Ware: Nordisches Modell für die Schweiz	3
Ständemehr bei Doppel-Mehr-Abstimmungen bleibt bestehen	3
Kostenbremse-Initiative	4
Prämien-Entlastungs-Initiative	4
Anerkennung der Gebärdensprache durch ein Gebärdensprachengesetz	5
Stimmgeheimnis für alle	5
Staatsrechnung 2021	5
Präambel ohne Gott?	6
Eingereichte Vorstösse	6

## Der Heilige Geist...

- ☞ tröstet (Apg 9,31)
- ☞ schenkt Klarheit (Eph 1,17)
- ☞ gibt Energie (Eph 3,16)
- ☞ führt in die Wahrheit (Joh 16,13)
- ☞ offenbart Jesus (Joh 16,14)
- ☞ überführt (Joh 16,8)
- ☞ macht mutig (2 Tim 1,7)
- ☞ macht Gottes Liebe spürbar (Röm 5,5)
- ☞ verändert den Charakter (Gal 5,22)
- ☞ schenkt Frieden (Jud 19)
- ☞ bringt Einheit (Jud 19)
- ☞ macht frei (2 Kor 3,17)
- ☞ erweckt Gebet in uns (Röm 8,26)
- ☞ ist real erfahrbar (Apg 2,4)
- ☞ will erbeten werden (Apg 1,14)
- ☞ ist uns fest zugesagt (Lk 11,13)
- ☞ macht allen Unterschied (Joh 3,5)

Zusammengestellt von Johannes Hartl

## Geschichte der Frauen in der Schweiz

Nach dem Nationalrat vergangenes Jahr hat nun auch der Ständerat die Motion von Marianne angenommen, welche die Geschichte der Frauen in der Schweiz sichtbar machen will. Der Handlungsbedarf ist für die Räte unbestritten. Der Ständerat schlägt aber im geänderten Text einen anderen Weg vor: Der Bundesrat soll in der nächsten Kulturbotschaft ein Konzept für ein Netzwerk von Institutionen sowie dessen Finanzierung vorsehen. Dieses Netzwerk soll es ermöglichen, die soziale und kulturelle Geschichte der Gleichstellung von Mann und Frau zu bewahren, zu erschliessen und zu vermitteln.

Zentral für eine erfolgreiche Umsetzung sind die bestehenden und allenfalls neuen Vermittlungsorte. Diese sollten im Wesentlichen folgende drei Aspekte im Blick behalten:

1. Für eine erfolgreiche Gleichberechtigung bleibt es wichtig, die Geschichte der Frauen, deren soziale Stellung, ihre Einflussnahme und ihre Rolle sichtbar zu machen sowie ihr Ringen um die Bewusstwerdung als Individuen und politische Wesen.
2. Die Geschichte der Frauen beginnt nicht erst 1971. Trotz ihrer faktischen Rechtlosigkeit haben sie bereits Jahrhunderte vorher immer wieder massgebliche Beiträge zu Gesellschaft, Wissenschaft, Kunst, Kultur und Wirtschaft geleistet. Das muss aufgearbeitet und sichtbar gemacht werden.
3. Und schliesslich gilt es, ein besonderes Augenmerk auf die Tatsache zu legen, dass grosse Teile des materiellen und immateriellen Kulturerbes von Frauen weder bewahrt noch aufgearbeitet und bisher entsprechend auch nicht vermittelt worden sind. Es geht also auch darum, diese Lücken zu identifizieren und alles daran zu setzen, sie zu schliessen. Zur Geschichte von Männern in der Schweiz wurde vieles aufbewahrt und ist heute bereits in unterschiedlichen Museen zu sehen. Aus Gründen der Gleichstellung ist es somit in der Umsetzung wichtig, auch die Geschichte von Frauen in ihren unterschiedlichen Lebenswelten wie Arbeit, Familie, Natur usw. im Verhältnis zu den jeweilig herrschenden Strukturen zu zeigen. Die geänderte Motion geht nun zurück an den Nationalrat.

## Gletscher-Initiative

### Griffiger Gegenvorschlag verabschiedet

Die Schweiz soll bis 2050 klimaneutral sein. Die Gletscher-Initiative will dieses Ziel in die Verfassung schreiben. Die Umweltkommission des Nationalrates hat dazu als Gegenvorschlag einen Gesetzesentwurf erarbeitet, den wir nun im Rat diskutiert haben. Dieser Vorschlag will möglichst griffige Klimaziele schneller im Gesetz verankern und durch Zwischenziele und Richtwerte für verschiedene Sektoren konkretisieren. So sollen zum Beispiel Gebäude und Verkehr bis 2050 kein CO<sub>2</sub> mehr ausstossen. Die Industrie soll ihren Treibhausgas-Ausstoss um 90 Prozent senken. Im Gesetzesentwurf sind auch Kredite für Förderprogramme vorgesehen, zum Beispiel 1,2 Milliarden Franken in 6 Jahren, um neue Technologien zu fördern sowie 2 Milliarden Franken für ein zehnjähriges Programm, um fossile und ineffiziente Elektro-Heizungen zu ersetzen. Die Mehrheit des Rates folgte der Kommission in den wesentlichen Punkten und

Herzlich willkommen!



Unsere Nationalrätinnen freuten sich über interessierten Besuch. Dass Catherine gleich hier im Bundeshaus ihre Mitgliedschaft für die EVP ausfüllte, war ein besonders schöner Moment!

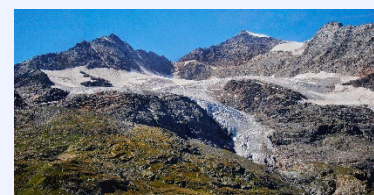


Foto: pixabay.com

Ein griffiger Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative ist in Reichweite.



hiess den Gegenvorschlag auch mit unserer Unterstützung gut. Die Initiative und der Gegenvorschlag gehen nun in den Ständerat.

## Menschen sind keine Ware: Nordisches Modell für die Schweiz

### Die EVP wird weiter gegen sexuelle Ausbeutung ankämpfen

Mit 172 zu 11 Stimmen wurde die Motion von Marianne für die Einführung des Nordischen Modells in der Schweiz abgelehnt. Das Anliegen der Motion war es, gegen die sexuelle Ausbeutung von Frauen vorzugehen, die sich unter Zwang prostituieren müssen. Das geforderte Nordische Modell kriminalisiert dazu die Freier und nicht die Prostituierten. Damit soll die Nachfrage nach käuflichem Sex reduziert werden, um dadurch auch das Angebot und den damit oft verbundenen Menschenhandel weniger lukrativ zu machen. Zudem forderte Marianne in ihrer Motion auch Ausstiegshilfen für Prostituierte sowie Aufklärungs- und Präventionsarbeit, die ebenfalls im Nordischen Modell enthalten sind. In Schweden und Norwegen konnte dadurch ein gesellschaftlicher Bewusstseinswandel erreicht werden. Dort können sich junge Männer heute nur noch schwer vorstellen, sich eine Frau für Sex zu kaufen. Offenbar ist man in der Schweiz noch nicht bereit für einen solchen gesellschaftlichen Wandel. Es ist unbegreiflich, dass man einerseits für «Nur Ja heisst Ja» und sexuellen Konsens kämpft und andererseits die Augen davor verschliesst, dass vor unserer Haustür täglich tausende Männer eine Frau kaufen, die diesen Sex dann aus purer Not über sich ergehen lassen muss. Prostitution ist ein bezahlter Akt sexueller Gewalt. Sie hat in der Regel nichts mit sexuellem Konsens zu tun. Sie ist eine Ohrfeige ins Gesicht einer gleichgestellten Gesellschaft und ein Affront für die gesellschaftliche Stellung der Frau.

Nun, wir geben nicht auf. Wir kämpfen weiter für eine Schweiz ohne Ausbeutung, einem der Schwerpunkte unserer EVP. Als nächsten Schritt werde wir wohl die existenzsichernden Ausstiegshilfen für Prostituierte sowie Aufklärungs-, Präventions- und Bildungsmaßnahmen in der Schweiz und in den Herkunftsländern fordern.

[Zum ganzen Votum von Marianne >>>](#)

## Ständemehr bei Doppelmehr-Abstimmungen wird nicht aufgeweicht

### Minderheitenschutz bleibt bestehen

Der Nationalrat hat eine parlamentarische Initiative zur Aufweichung des Ständemehrs von Balthasar Glättli (Grüne/ZH) mit 105 zu 77 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Glättli verlangte angesichts der demografischen Entwicklung die Einführung eines qualifizierten Ständemehrs von zwei Dritteln der Kantone bei Doppelmehr-Abstimmungen. Neu hätte es demnach 15,5 Kantone gebraucht, um ein Volksmehr zu überstimmen. Glättli begründete sein Anliegen mit dem Beispiel, dass 1848 eine Nein-Stimme aus dem Kanton Appenzell Innerrhoden bei einem Doppelmehrreferendum das Elfache einer Zürcher Nein-Stimme gewogen habe, heute hingegen bereits das 44-fache betrage.

Die EVP sprach sich wie die Mehrheit der Ratsmitglieder gegen eine solche Erhöhung des Ständemehrs aus. Der Minderheitenschutz ist tief verankert im Schweizer Demokratieverständnis und diesen gilt es zu wahren.



Foto: pixabay.com

Der Vorstoss für die Einführung des Nordischen Modells in der Schweiz wurde abgelehnt. Doch unser Kampf gegen sexuelle Ausbeutung geht weiter.



Foto: pixabay.com

### Kein Alkohol in der Migros

Die Genossenschaftsmitglieder der Migros entschieden in einer Urabstimmung, dass der Detailhändler auch in Zukunft keinen Alkohol verkaufen soll. Die EVP hatte sich als einzige Partei öffentlich für dieses wichtige Signal für Jugendschutz und Suchtbekämpfung eingesetzt.

## Kostenbremse-Initiative

Die Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen» der Mitte-Partei verlangt von Bundesrat und Kantonen Kostenbegrenzungsmaßnahmen, wenn das Kostenwachstum pro versicherte Person zwei Jahre nach Annahme der Initiative um einen Fünftel über der Nominallohnentwicklung liegt. Die Initiative selbst war im Nationalrat indes trotz Unterstützung der drei EVP-Mitglieder chancenlos. Mit 156 zu 28 Stimmen empfiehlt der Nationalrat die Kostenbremse-Initiative zur Ablehnung. Ein indirekter Gegenvorschlag zur Initiative wurde hingegen von einer soliden Mitte-Links-Mehrheit angenommen.

Auch die EVP sprach sich zusätzlich für den indirekten Gegenvorschlag aus, welcher gesetzlich festgelegte Kosten- und Qualitätsziele im Gesundheitswesen vorsieht. Denn oberstes Ziel muss es sein, das Kostenwachstum in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung zu drosseln und die Belastung der Prämienzahlenden zu reduzieren. Zusätzlich zu den Kostendämpfungsmaßnahmen, die das Parlament bereits beschlossen hat, braucht es weitere sinnvolle Einsparungen. Die Kostenbremse-Initiative ist dabei ein Vorschlag zur Lösung. Sie will eine Kostenbremse einbauen, welche an die Wirtschafts- und Lohnentwicklung der Schweiz gekoppelt ist. Grundsätzlich kann man die Wirkung eines solchen Mechanismus in Frage stellen. Aber klar ist: Ohne den Einbau eines solchen Mechanismus werden die Kosten weiterhin explodieren.

Sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag gehen als nächstes in den Ständerat.

[Zum ganzen Votum von Lilian >>>](#)

## Prämien-Entlastungs-Initiative

In den letzten 13 Jahren sind die Standardkrankenkassenprämien um 54 % angestiegen, das heisst über CHF 150.- pro Person und Monat. Sie machten bereits 2017 14 % des verfügbaren Einkommens aus. Besonders für Teile des unteren Mittelstands kann die Belastung sehr hoch ausfallen, da sie kaum von den Prämienverbilligungen der Kantone profitieren. Kommt hinzu, dass sich viele Kantone in den letzten Jahren sogar Schritt für Schritt aus ihrer gesetzlichen Verpflichtung zurückgezogen haben: 2019 stellten zehn Kantone weniger Geld für Prämienverbilligungen zur Verfügung als 2010 – für die EVP nicht nachvollziehbar. Die Prämien-Entlastungs-Initiative will hier ansetzen, indem sie die Krankenkassenprämien auf maximal 10 % des Einkommens beschränken will. Das ist zwar gut gemeint, hat jedoch in der Umsetzung doppelt negative Konsequenzen für die Familien des Mittelstandes. Diese wären von der Umverteilung der Prämienkosten auf die Allgemeinheit voll betroffen. Sie profitieren jedoch nicht oder nur wenig von den Prämienverbilligungen der Kantone und zahlen bereits deutlich mehr Kantons- und Bundessteuern.

Die EVP-Nationalratsmitglieder unterstützten daher im Rat den indirekten Gegenvorschlag zur Initiative. Dieser schafft zum einen Anreize für die Kantone, die Kosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung zu senken. Denn je niedriger die Kosten, desto weniger Mittel müssen diese für Prämienverbilligungen zur Verfügung stellen. Zum anderen können die Kantone ihre



Nik gemeinsam mit dem ukrainischen Botschafter Artem Rybchenko vor der zerstörten Antanov im Kriegsgebiet

### **EVP-Engagement: Rückblick und Ausblick**

Auf Einladung des ukrainischen Parlamentspräsidenten Ruslan Stepanchuk reiste eine Nationalratsdelegation im April in die Ukraine. Nik war als Vertreter der Mitte-Fraktion Teil dieser Delegation. Gemeinsam mit der Nationalratspräsidentin Irene Kälin (GP/AG) sowie Roger Nordmann (SP/VD) und Yves Nidegger (SVP/GE). Für uns EVP-Nationalratsmitglieder ist es wichtig, dass wir uns weiterhin von den schrecklichen Geschehnissen des Krieges berühren lassen und nicht auf emotionale Distanz gehen. Wir werden uns weiterhin für eine aktive Rolle der Schweiz in der Vermittlung zwischen den Kriegsparteien einsetzen und es gleichzeitig nicht tolerieren, sollte die Schweiz sich nicht mehr eindeutig und unmissverständlich auf die Seite des Völkerrechts und der Menschenrechte stellen. Nik wird deshalb auch auf Einladung des ukrainischen Botschafters in der Schweiz, Artem Rybchenko an der Konferenz für den Wiederaufbau der Ukraine in Lugano vom 4.-5. Juli teilnehmen. Ausserdem engagiert Nik sich neu als Co-Präsident der schweizerisch-ukrainischen Parlamentsgruppe für starke Beziehungen zur Ukraine.

Des Weiteren haben wir in dieser Session einer Motion zugestimmt, welche der Ukraine zusätzliche humanitäre Hilfe zusichert. Der entsprechende Nachtragskredit von 15 Millionen Franken geht nun in den Ständerat. Die in Folge des Kriegs ausfallenden Getreideexporte verschärfen in anderen Weltregionen wiederum Hungersnöte. Auch hierzu werden wir einen geplanten Vorstoss mitunterstützen, der 200 Millionen Franken zur Bekämpfung von Hunger sprechen will.

Instrumente zur Prämienvorbereitung auf andere Sozialleistungen oder Steuern abstimmen. Der Gegenvorschlag leistet somit einen Beitrag zur besseren Kontrolle durch die Kantone und zur Entlastung der Prämienzahlenden.

[Zu Lilians Votum vor dem Rat](#)

## Anerkennung der Gebärdensprache durch ein Gebärdensprachengesetz

**Motion klar angenommen**

Die drei Gebärdensprachen in der Schweiz sind weit mehr als nur ein Hilfsmittel für die Gehörlosen, um damit ein Handicap zu überwinden - sie sind für die Gehörlosengemeinschaft das identitäts- und kulturstiftende Alleinstellungsmerkmal. Die Gehörlosengemeinschaft ist somit eine sprachliche und kulturelle Minderheit, welche Teil unserer Schweiz ist. Trotzdem ist die Schweiz eines der wenigen Länder in Europa, das die Gebärdensprache rechtlich nicht anerkannt hat, trotz Ratifizierung der UNO-Behindertenkonvention im Jahr 2014. Neben der rechtlichen Ankererkennung der Gebärdensprache in einem Gebärdensprachengesetz, welches für die Gehörlosen eine grosse Bedeutung hat, fordert die Motion auch eine verbesserte Gleichstellung. Oft werden gehörlose oder schwerhörige Menschen noch diskriminiert, u.a. in der Arbeitswelt, im Schulwesen, in der Ausübung der politischen Rechte und in der medizinischen Versorgung - dies oft auch mangels Übersetzerinnen und Übersetzern. Der Nationalrat hat einer entsprechenden Kommissions-Motion grossmehrheitlich zugestimmt. Nun geht die Motion in den Ständerat.

[Zum ganzen Kommissionsvotum von Lilian >>>](#)

## Stimmgeheimnis für alle

**Motion oppositionslos überwiesen**

Etwa 80 – 100 000 blinde oder sehbehinderte Menschen können heute bei nationalen Volksabstimmungen und -wahlen nur teilnehmen, wenn ihnen eine andere Person beim Ausfüllen der Unterlagen hilft. Ihr Stimm- und Wahlgeheimnis ist damit nicht gewahrt. Die Staatspolitische Kommission, in der Marianne mitarbeitet, hat deshalb eine Motion erarbeitet, die den Bundesrat auffordert, sogenannte Abstimmungsschablonen einzuführen. Diese Schablonen helfen den Betroffenen, zu erfüllen, wo für welche Vorlage ein Ja oder Nein eingetragen werden muss. Der Nationalrat hat diese Motion oppositionslos angenommen, auch der Bundesrat empfahl, sie anzunehmen.

## Staatsrechnung 2021

Am ersten Sessionstag hat der Nationalrat als Erstrat die coronabedingt tiefrote Staatsrechnung 2021 mit 191 zu 1 Stimmen gutgeheissen. Die Staatsrechnung schliesst mit einem Fehlbetrag von 12,1 Mrd. Franken ab. Auf den ersten Blick scheint dieser Betrag sehr hoch, doch das Defizit 2021 ist über 3.5 Mrd. Franken kleiner als im ersten Pandemie-Jahr 2020. Gemäss Finanzdepartement EFD entwickelten sich die Einnahmen in der Staatsrechnung 2021 sehr robust, während die Ausgaben um ca. 0,5 Mrd. Fr. anstiegen, was wiederum auf die Pandemie zurückzuführen sei. Die EVP begrüsst diesen positiven Trend und erwartet gleichzeitig in den kommenden Jahren einen haushälterischen



Foto: pixabay.com

### Verbot für suchtverstärkende Zusatzstoffe

Mit 89 zu 81 Stimmen hat der Nationalrat mit unserer Unterstützung eine Motion von Benjamin Roduit (Mitte/VS) angenommen (welche von Ratskollegen und -kolleginnen aus allen Fraktionen mitunterzeichnet wurde). Diese verlangt, dass inskünftig jene Zusatzstoffe für Tabakprodukte und E-Zigaretten verboten werden, die das Suchtpotenzial oder die Toxizität steigern sowie aromatisierte Rauchtobakprodukte.

Umgang mit den Staatsfinanzen sowie einen konstanten Abbau der Schulden, wie er auch von Finanzminister Ueli Maurer gefordert wurde.

## Präambel ohne Gott?

Eine Parlamentarische Initiative von Nationalrat Fabian Molina (SP/ZH) verlangte, in der Präambel der Bundesverfassung die Aussage «im Namen Gottes des Allmächtigen» zu streichen und das Wort «Schöpfung» durch «Umwelt» zu ersetzen.

Dies, weil die Anrufung auf einen christlichen Gott der Religionsfreiheit widerspreche und angesichts der zunehmenden Säkularisierung der Bevölkerung nicht mehr zeitgemäss sei. Marianne kämpfte in der Kommission erfolgreich für Beibehaltung der Präambel und konnte als Kommissionssprecherin diese Argumente vertreten. Sie führte unter anderem aus: «In nomine Domini, in Gottes Namen und im Namen Gottes des Allmächtigen hat uns bereits seit 1291 begleitet. Damit wollten unsere Vorfahren, damit wollen auch wir zum Ausdruck bringen, dass kein König und keine Parteien die höchste Macht in der Schweiz innehaben. Indem wir uns auf etwas Übergeordnetes berufen, anerkennen wir, dass wir letztlich nicht alles selbst in den Händen haben.» Die Mehrheit des Rates sah es Gott sei Dank auch so und der Vorstoss wurde gegen die Stimmen der GLP, der Grünen und eines Teils der SP mit 113:59 bei 18 Enthaltungen abgelehnt.

[Zum ganzen Kommissionsvotum von Marianne >>>](#)

## In dieser Session eingereichte Vorstösse:

Marianne Streiff

[Interpellation «Nationaler Aktionsplan gegen Menschenhandel: werden Defizite behoben?» >>>](#)

Nik Gugger

[Motion Schutz vor der einseitigen Einführung des Agenturmodells im KFZ-Markt >>>](#)

[Interpellation Entsorgung von giftigem E-Zigarettenabfall regeln! >>>](#)

[Interpellation Glyphosat beeinträchtigt unsere Hummeln - was tut der Bundesrat? >>>](#)

[Frage an den Bundesrat betr. Piranha Lieferung von Dänemark an die Ukraine >>>](#)

[Frage an den Bundesrat betr. Nachhaltigkeit im Wettbewerb >>>](#)

[Frage an den Bundesrat betr. Reduktionspotential von Plastikverpackungen >>>](#)

[Frage an den Bundesrat betr. Biodiversitätsschwund trotz jährlichen Investitionen des Bundes von über CHF 400 Mio. >>>](#)

Lilian Studer

[Frage an den Bundesrat betr. Handlungsbedarf bei BVG mit zwei Arbeitgebenden >>>](#)

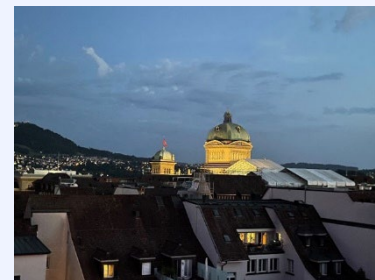
[Frage an den Bundesrat betr. Unterstützung für die Kandidatur der Schweiz als Austragungsort der Frauenfussball-WM 2025 >>>](#)

[Link Vorstösse Marianne >>>](#)

[Link Vorstösse Nik >>>](#)

[Link Vorstösse Lilian >>>](#)

Der KMU-Netzwerk-Anlass 2021 zum Thema Cyber-Security war ein Grosse Erfolg. Als Dank haben Nik, Marianne und Lilian die Sponsorinnen und Sponsoren auf einen Bundeshausbesuch eingeladen mit einem anschliessenden würdigen Essen in der Rooftop-Bar des Hotels Bern.



Übrigens: Tragen Sie sich bereits den nächsten KMU-Netzwerk-Anlass vom 26. August 2022 in Ihre Agenda ein. Wir werden bei einem Besuch der Firma Schöni Transport AG in Rothrist mehr über das Thema Lieferketten erfahren und freuen uns, Sie auch dort wieder begrüßen zu dürfen!

Impressum:  
Verfasst und gestaltet von  
Marianne Streiff  
Nik Gugger  
Lilian Studer

Versand: Geschäftsstelle  
der EVP Schweiz

